

SCHRIFTLICHE ANFRAGE E-2342/04
von Rolandas Pavilionis (UEN)
an die Kommission

Betrifft: Notwendigkeit einer Sprachreform aufgrund der Verwendung des Wortes "Euro" und grammatikalische Kompetenz mehrerer Millionen europäischer Bürger

Die Entscheidung, das Wort "Euro" ohne seine vorherige Anpassung an die grammatikalischen Strukturen des Litauischen und Lettischen in offiziellen EU-Dokumenten zu verwenden, würde eine Reform dieser Sprachen zur Folge haben. Da die baltischen Sprachen im Nominativ Singular kein "o" am Wortende kennen, ist die Verwendung des Wortes "Euro" in diesen Sprachen praktisch unmöglich. Deshalb muss das (englische) Wort "euro" im Litauischen mit "euras" und im Lettischen mit "eira" wiedergegeben werden (im Lettischen wird "Europa" mit "Eiropa" übersetzt). Litauisch und Lettisch müssten eine Sprachreform durchmachen, wenn sie den Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 974/98 des Rates¹ entsprechen und das Wort "Euro" in offiziellen Dokumenten verwenden sollen. Normalerweise passen nationale Sachverständige alle Fremdwörter den Besonderheiten der baltischen Sprachen an. Aber jetzt werden sich die grammatikalischen Strukturen des Litauischen und Lettischen ändern müssen, um das Fremdwort "Euro" zu übernehmen.

Zum Zeitpunkt des Erlasses der Verordnungen (EG) Nr. 1103/97² und 974/98 des Rates waren die baltischen Sprachen keine Amtssprachen der Europäischen Union und ihre sprachlichen Besonderheiten wurden aus diesem Grund auch nicht berücksichtigt.

Die aufgrund der Einführung des Wortes "Euro" ins Litauische und Lettische erforderliche Sprachreform würde automatisch die Sprachkompetenz der betroffenen Bevölkerungen vermindern.

Obliegt es den betreffenden nationalen Regierungen, die für eine spezielle Kampagne zur Verbesserung der grammatikalischen Kompetenz mehrerer Millionen europäischer Bürger erforderlichen Geldmittel aufzutreiben?

¹ ABl. L 139 vom 11.5.1998, S. 1.

² ABl. L 162 vom 19.6.1997, S. 1.